



Berlin, 02. Februar 2018



Liebe Leserinnen und Leser,

die Koalitionsverhandlungen sind in vollem Gange und auch im Parlament geht es weiter voran. In dieser Woche hat die SPD-Bundestagsfraktion die Sprecherinnen und Sprecher der Ausschussarbeitsgruppen gewählt. Sehr gefreut habe ich mich über das Vertrauen meiner Fraktionskolleginnen und –kollegen, die mich am Dienstag zu ihrer neuen gesundheitspolitischen Sprecherin gewählt haben. Diese Aufgabe hält große Herausforderungen bereit, denen ich mich aber gerne mit aller Kraft stellen werde. Als passionierte Gesundheitspolitikerin ist es mein Ziel, das Gesundheitswesen zum Wohle der Menschen besser und gerechter zu machen. Dafür habe ich mich die letzten Tage auch in den Koalitionsverhandlungen stark gemacht.

Aber nicht nur dort. Im Plenum sprach ich am Donnerstag zum Thema Direktversicherung. Von der sogenannten Doppelverbeitragung sind immer noch zu viele Menschen betroffen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Wir als SPD haben diese Problematik erkannt und setzen uns für eine Lösung ein, die allen gerecht wird. Denkbar wäre beispielsweise eine hälftige Verbeitragung. Die vollständige Rede können Sie hier nachlesen: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19011.pdf> (ab Seite 905).

Ebenfalls am Donnerstag hat der Bundestag eine viel diskutierte Entscheidung zum Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutzstatus gefällt.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten noch mehr zu diesem und weiteren Themen. Ich wünsche Ihnen eine abwechslungsreiche Lektüre!

Ihre

In dieser Ausgabe:

GEDENKSTUNDE.....	3
JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT.....	3
FLÜCHTLINGSPOLITIK.....	4
FRAKTION.....	5



Foto der Woche



2

Am 31. Januar gedachte der Deutsche Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus. Die Auschwitz-Überlebende Anita Lasker-Wallfisch hielt aus diesem Anlass eine sehr bewegende Rede vor dem Plenum.

(Foto: Frank Junge)

Statement der Woche

„Leugnen, dass auch das zur deutschen Vergangenheit gehört, darf nicht sein.“

Anita Lasker-Wallfisch über den Holocaust

Highlights der nächsten Wochen

Wann	Wo	Was	
Fr. 09.02.	14.30 Uhr	Berlin, Willy-Brandt-Haus	Klausurtagung des ASG-Bundesvorstands
Mi, 14.02.	18.00 Uhr	Maßbach, Theaterstuben	Politischer Aschermittwoch
Mi, 14.02.	19.00 Uhr	Hammelburg, Bocksbeutelkeller	Politischer Aschermittwoch der SPD Hammelburg
Fr, 16.02.	18.30 Uhr	Unsleben, Krone Schenke	Politischer Aschermittwoch des SPD-Kreisverbandes Rhön-Grabfeld



GEDENKSTUNDE

Am 31. Januar 2018 hat der Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Vor 73 Jahren am 27. Januar 1945 hatten sowjetische Truppen das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz von den Nazis befreit. Seit 1996 erinnert der Bundestag mit einer Gedenkstunde an die Gräueltaten der Nationalsozialisten. In diesem Jahr hat Anita Lasker-Wallfisch MBE (Member of the Order of the British Empire) als Ehrengast im Bundestag gesprochen.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble bezeichnete in seiner Ansprache Auschwitz als „Synonym für den industriellen Völkermord an den Juden“. Die meisten hätten damals geschwiegen, als Juden entrechtet, misshandelt und ermordet wurden. Er warnte vor der zunehmenden Verrohung, die sich heute in den sozialen Netzwerken und im Internet in fremdenfeindlichen Parolen zeige. Vehement verurteilte Schäuble auch das Rufen antijüdischer Parolen und das Verbrennen israelischer Flaggen und forderte eine „konsequente Haltung gegen jede Form der Ausgrenzung“.

Die heute 92-jährige Holocaust-Überlebende Anita Lasker-Wallfisch berichtete, wie es ihr und ihrer Familie seit der Machtübernahme durch die Nazis ergangen ist. Das idyllische Leben in einer Familie, in der am Sonntag musiziert und Klassiker gelesen wurden, endete damit, dass Juden unerwünscht waren und den gelben Stern tragen mussten. Ihr Vater habe es zunächst nicht glauben können, sagte Lasker-Wallfisch. Ihre Eltern wurden in Auschwitz ermordet. Sie habe überlebt, weil sie als Cellistin im Frauen- und Mädchenorchester gebraucht wurde, um am Eingangstor Märsche und für das Lagerpersonal Konzerte zu spielen.

Bezogen auf die heutige Zeit sagte Lasker-Wallfisch: „Man kann es der heutigen Generation nicht verübeln, dass sie sich nicht mehr mit den Verbrechen identifizieren will. Aber ein Leugnen darf nicht sein.“ Sie warnte vor einer

Schlussstrich-Debatte und nannte den Antisemitismus einen „2000 Jahre alten Virus“, der „anscheinend unheilbar ist“. Zudem sei es ein Skandal, dass jüdische Schulen und Kindergärten heute wieder geschützt werden müssten. Lasker-Wallfisch lobte deshalb, dass der Deutsche Bundestag vor 14 Tagen einen Antrag zur Bekämpfung des Antisemitismus beschlossen habe. Auch das Deutschland im Herbst 2015 seine Grenzen für die Flüchtlinge geöffnet habe, bezeichnete sie als „mutige und menschliche Geste“. Denn in der Zeit des Nationalsozialismus seien die Grenzen für die Juden hermetisch geschlossen gewesen.

Vor der Gedenkstunde verwies die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles darauf, dass dies die erste Gedenkstunde seit dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag sei. "Mehr als zuvor muss uns dies ein Anlass sein, nicht nur innezuhalten und zu gedenken, sondern auch aufzustehen gegen jede Form von Antisemitismus und Rassismus in unserer Gesellschaft", forderte Nahles.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT

Am Mittwoch hat das Bundeskabinett den Jahreswirtschaftsbericht 2018 verabschiedet. Der Bericht „Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft“ bescheinigt der deutschen Wirtschaft auch weiterhin einen kräftigen konjunkturellen Aufschwung. Für 2018 erwartet die Bundesregierung wieder einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,4 Prozent. Im Jahr 2017 waren es 2,2 Prozent. Basis für diesen Aufschwung sind eine starke Außenwirtschaft und Binnenwirtschaft gleichermaßen.

Bernd Westphal, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sagt: „Auch die gute weltwirtschaftliche Lage hat dazu beigetragen, dass der Außenhandel floriert und die Unternehmen wieder stärker investieren.“ Besonders erfreulich sei die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Der Beschäftigungsaufbau



setze sich auch 2018 fort. Die Zahl der Erwerbstätigen werde von 44,3 Millionen auf 44,8 Millionen steigen. Die Arbeitslosenquote, die bereits 2017 mit 5,7 Prozent den niedrigsten Stand seit 25 Jahren erreicht hatte, werde in diesem Jahr voraussichtlich auf 5,3 Prozent sinken. Die guten Perspektiven am Arbeitsmarkt und die expandierenden real verfügbaren Einkommen würden bei den privaten Haushalten die Konsumausgaben erhöhen.

Westphal: "Im Jahreswirtschaftsbericht wird unsere sozialdemokratische Wirtschaftspolitik deutlich sichtbar. Bei den Herausforderungen wie dem digitalen Wandel, der demografischen Entwicklung oder der Globalisierung sind die richtigen Weichen gestellt worden, so dass die Wirtschaft auf einer soliden Basis steht und für die Zukunft gestärkt ist."

Der wirtschaftspolitische Sprecher warnt zugleich: "Doch trotz der hervorragenden wirtschaftlichen Lage - Zeit zum Ausruhen bleibt nicht."

In einer Sozialen Marktwirtschaft gehe es vor allem auch darum, die "seit den 1990er-Jahren angewachsene Ungleichheit zu begrenzen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken". Ziel sei ein „inklusives Wachstum“, das das Versprechen 'Wohlstand für alle' auch vor dem Hintergrund "rasanter technischer und wirtschaftlicher Veränderungen" einlöse. Insbesondere in den strukturschwachen Regionen und dem ländlichen Raum müssen wir alles unternehmen, um die wirtschaftlichen Perspektiven der Menschen zu verbessern. Das ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern begünstigt letztlich auch die wirtschaftlichen Wachstumskräfte", führt Westphal aus.

Die SPD-Fraktion hat mit den richtigen Konzepten die Wirtschaft auf ein solides Fundament gestellt und damit Handlungsspielräume für wachstumsorientierte Investitionen in Humankapital und Infrastruktur geschaffen.

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Punkt für die SPD-Fraktion: Ab August 2018 endet die fast vollständige Aussetzung des Familiennachzugs für Bürgerkriegsflüchtlinge.

Subsidiär Schutzberechtigte, also Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus, dürfen ihre Ehegatten und minderjährigen Kinder dann wieder in begrenztem Umfang nachholen, wenn die Voraussetzungen dazu erfüllt werden. Darauf haben sich Union und SPD am Dienstagvormittag verständigt. Da die bisherige Regelung des Familiennachzugs Mitte März ausläuft, soll der Bundestag noch diese Woche eine Übergangsregelung bis Ende Juli beschließen.

Folgendes ist vereinbart: Bis zum 31. Juli soll der Nachzug von engen Familienmitgliedern weiter ausgesetzt bleiben, anschließend aber wieder für 1000 Menschen pro Monat möglich sein. Eine Härtefallregelung bleibt darüber hinaus bestehen. Bei Vorliegen völkerrechtlicher oder dringender humanitärer Gründe gemäß § 22 Aufenthaltsgesetz kann bereits jetzt und nach einer Neuregelung auch über das 1000er-Kontingent hinaus eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Das gilt ebenfalls für Resettlement-Programme und die humanitäre Aufnahme nach § 23 Aufenthaltsgesetz. Die Antragstellung ist ab sofort bei den deutschen Botschaften möglich.

Die genauen Details für diese dauerhafte Neuregelung sollen in den kommenden Monaten noch erarbeitet und im Innenausschuss des Bundestages beraten werden.

SPD-Fraktionsvizein Eva Högl sprach von einer guten Einigung beim Familiennachzug. "Wir werden eine Übergangsregelung schaffen und die Aussetzung des Nachzugs ausdrücklich nur bis 31. Juli 2018 befristen", sagte Högl. Die Leitlinie bei den Verhandlungen sei für die SPD-Fraktion die UN-Kinderrechtskonvention. Familiennachzug sei „für alle Familien wichtig und richtig – unabhängig von dem in Deutschland erhaltenen Schutzstatus.“

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Am Donnerstagvormittag hat das Parlament die Übergangsregelung beschlossen. Für das Gesetz stimmten nach Angaben des Bundestags 376 Abgeordnete, dagegen 298; es gab vier Enthaltungen.

FRAKTION

Die SPD-Fraktion hat am Dienstag in ihrer Fraktionssitzung Sprecherinnen und Sprecher für 23 Ausschussarbeitsgruppen (Obleute) und fünf Kandidatinnen und Kandidaten für die Ausschussvorsitze gewählt.

Die Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitsgruppen:

Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung:
Mattias Bartke

Petitionen:
Stefan Schwartz

Außenpolitik:
Niels Annen

Inneres:
Burkhard Lischka

Sport:
Detlev Pilger

Recht und Verbraucherschutz:
Johannes Fechner

Finanzen:
Lothar Binding

Haushalt:
Johannes Kahrs

Wirtschaft und Energie:
Bernd Westphal

Ernährung und Landwirtschaft:
Rainer Spiering

Arbeit und Soziales:
Kerstin Tack

Sicherheits- und Verteidigungspolitik:
Fritz Felgentreu

Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Sönke Rix

Gesundheit:
Sabine Dittmar

Verkehr und digitale Infrastruktur:
Kirsten Lühmann

Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:
Carsten Träger

Menschenrechte und humanitäre Hilfe:
Frank Schwabe

Bildung und Forschung:
Oliver Kaczmarek

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:
Gabi Weber

Tourismus:
Gabriele Hiller-Ohm

Angelegenheiten der Europäischen Union:
Christian Petry

Kultur und Medien:
Michelle Müntefering

Digitale Agenda:
Jens Zimmermann

Die Kandidatinnen und Kandidaten für die Ausschussvorsitze:

Sportausschuss:
Dagmar Freitag

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Sabine Dittmar, MdB



Ausschuss für Arbeit und Soziales:
Kerstin Griese

Verteidigungsausschuss:
Wolfgang Hellmich

Ausschuss für Bildung und Forschung:
Ernst Dieter Rossmann

Ausschuss für Kultur und Medien:
Katrin Budde

6